

// LEHRKRÄFTEMANGEL AN GRUND-, MITTEL- U. FÖRDERSCHULEN 2017 //



GEW-Forderungen gegen Lehrkräftemangel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

landesweit erreichten uns Berichte über unhaltbare Zustände der Unterrichtsversorgung. Schon zu Beginn des Schuljahres war die Personaldecke der Mobilien Reserven zu kurz. Dass im Februar mehr als 400 Lehrkräfte ihren Ruhestand antraten, war zwar Monate vorher bekannt, hat das Ministerium aber offenbar überrascht. Es reagierte hektisch mit Ausleihverträgen und der Bitte um Mehrarbeit. **Sofort setzte die GEW ihre Forderungen dagegen:**

Kurzfristige GEW-Forderungen:

Die höchst zweifelhafte externe Evaluation ist zu stoppen und des Lotsensystems von GS-Lehrkräften an Gymnasien und Realschulen ist an Real- und Gymnasiallehrkräfte zu übergeben!

Allein im Lotsensystem sind die Stunden von ca. 135 Stellen gebunden, die sich sofort für die Deckung der größten Personallücken einsetzen ließen.

Mittelfristige GEW-Forderungen:

Die bisher zu wenigen und mit zu schlechten Arbeitsbedingungen ausgestatteten „**Umschulungen**“ für arbeitssuchende Gymnasial- und Realschullehrer*innen für die Arbeit in GS, MS und FöS müssen dringend verbessert und deutlich ausgebaut werden.

Langfristige GEW-Forderungen

Das **Eingangsgehalt muss für alle Lehrämter A13** werden und Lehrkräfte sind für **Schulstufen statt für Schularten auszubilden**, damit sie in mehreren Schularten einsetzbar sind.

Zudem fordert die GEW die sofortige **Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen für das Studium des Lehramts Sonderpädagogik** und begrüßt den angekündigten Ausbau der entsprechenden Lehrstühle.

Bildung. Weiter denken!

GEW

Hintergrundinformationen

Knapp 28.000 verbeamtete Lehrkräfte gingen bundesweit 2015 in den Ruhestand – der höchste Wert seit Beginn der Statistik. So steht es in der didacta-Beilage von Schule & Wir (1/2017), die das bayerische Kultusministerium an den Schulen verteilen lässt.



Darin steht auch der Satz: „Die GEW mahnte daraufhin die Länder, sich um Lehrkräftenachwuchs zu kümmern.“ Und was ist in Bayern passiert? Das KM überhörte die Mahnung wieder einmal! Statt rechtzeitig genug Personal einzustellen und das Budget für Planstellen deutlich zu erhöhen, wurden lediglich **begrenzte Umschulungsmaßnahmen** für

ausgebildete, aber arbeitslose Realschul- und Gymnasiallehrkräfte angeboten.

Bereits zum Schuljahresbeginn 2016 kam es deshalb zu Engpässen. Es gab einfach zu wenige Bewerber*innen für GS, MS und FöS. Die Bezirksregierungen retteten sich über das laufende Schuljahr mit unzähligen befristeten Verträgen, von denen viele auch an Kolleg*innen ohne abgeschlossene pädagogische Ausbildung vergeben wurden.

Nachdem die Staatsregierung über viele Jahre aus dem Vollen schöpfen konnte und tausende ausgebildete Junglehrer*innen abwies, findet sie nun nicht mehr genügend Ersatzkräfte. Werden auch diesmal unsere GEW-Forderungen missachtet, bleibt völlig unklar, wie der Unterricht an Grund-, Mittel- und Förderschulen in den nächsten Jahren sichergestellt werden soll, denn Pensionierungen, Schwangerschaften und Grippewellen wird es weiterhin geben. Außerdem geht es nicht nur um die Sicherstellung des Kernunterrichts. Individuelle Förderung, Differenzierungen und Arbeitsgemeinschaften werden bei zunehmender Heterogenität der Schüler*innen und angesichts der Inklusionsanforderungen immer wichtiger!

In seiner Not schränkte das Kultusministerium die Teilzeitmöglichkeiten ein und warb für freiwillige Mehrarbeit. Die Kolleg*innen, die ohnehin unter Überlastung leiden, sind verständlicherweise **nicht bereit, solch unverantwortliche „Angebote“ anzunehmen**. Beispielsweise konnten in Mittelfranken mit dieser Maßnahme gerade einmal 27 zusätzliche Stunden, also eine volle Stelle, dazugewonnen werden. Neben der verfehlten Personalpolitik des KM bemängelt die GEW auch die **fehlenden Perspektiven**. Im groß verkündeten „Bildungspaket“ der Staatsregierung sind für Real- und Berufsschulen in 2018 und 2019 neue Stellen vorgesehen. An Grund- und Mittelschulen gerade einmal 50 neue Stellen für 2018 – ein Armutszeugnis. So lässt sich die chronische Überlastung der Kolleg*innen nicht beheben!

Mehr Informationen und Rückfragen unter:
www.gew-bayern.de
info@gew-bayern.de

// Die GEW Bayern fordert das Kultusministerium dazu auf, diese unhaltbaren Zustände endlich zu beheben. Zudem muss neben der Unterrichtsversorgung auch die Qualität des Unterrichts im Blick bleiben. Erziehung und Bildung sind weit mehr als die bloße Gewährleistung von stattfindendem Unterricht – doch für Arbeitsgemeinschaften, Differenzierungen oder individuelle Förderung fehlen ausgebildete Lehrkräfte. //